

Mitteilungen der CDU - Kreistagsfraktion 10/2012 23. November 2012



69181 Leimen
Grauenbrunnenweg 15

Telefon (06224) 73243
FAX (06224) 921639
E-Mail: B.Sauerzapf@t-online.de
Internet: CDU-RNK.de



CDU Kreistagsfraktion Rhein-Neckar

Sehr geehrte Damen und Herren,

die CDU - Kreistagsfraktion berichtet die in unregelmäßigen Abständen über den Rhein-Neckar-Kreis und die Aktivitäten der Kreistagsfraktion. Wir hoffen, dass Sie damit die Arbeit der Kreistagsfraktion besser kennenlernen. Wenn Sie den QR-Code oben rechts scannen, kommen Sie direkt auf die **Homepage** der CDU - Kreistagsfraktion (www.CDU-RNK.de) . Auch im **facebook** (*CDU-Kreistagsfraktion Rhein-Neckar*) sind wir vertreten.

**In der heutigen Ausgabe stellen wir Ihnen u.a. ein
Stellungnahme zur Schulpolitik, eine Vorschau auf die Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses
und einen Beitrag der Stiftung für Zukunftsfragen zur Verlässlichkeit der Politik vor.**

Sollte jemand aus Ihrem Bekanntenkreis Interesse an diese Mitteilungen haben, würden wir uns sehr freuen. Teilen Sie uns bitte die Email-Adresse mit. Außerdem würden wir uns über Ihre Rückmeldungen freuen, ob Ihnen der neue Service zusagt. Die früheren Mitteilungen der Fraktion können bei folgender Email-Adresse angefordert werden: b.sauerzapf@t-online.de.

Mit den besten Grüßen

Bruno Sauerzapf, Fraktionsvorsitzender

Berufliche Schulen - keine Lobby bei den Landesregierungen?!!

Für die CDU - Kreistagsfraktion Rhein-Neckar erklärte Fraktionsvorsitzenden Bruno Sauerzapf (Leimen): "Die beruflichen Schulen des Rhein-Neckar-Kreises tragen den Anforderungen einer neuzeitlichen, modernen und leistungsfähigen Schulpolitik Rechnung. Erhebliche Mittel werden und müssen auch künftig ihre Weiterentwicklung zur Verfügung gestellt werden. Bei vielen Besuchen in den verschiedenen Schulzentren wurde öfters das Raumproblem angesprochen. Nach Meinung der Schulleiter fehlen Räume. Antworten darauf erwarten wir in dem von der CDU bereits 2009 beantragten Schulentwicklungsplan Antworten nicht nur auf diese Fragen, sondern auch über künftige Entwicklungen und zur regionalen Zusammenarbeit. Die ersten bereits vorgelegten Ergebnisse sind vielversprechend. Ein besonderes Highlight ist die Entwicklung der beruflichen Gymnasien mit steigenden Schülerzahlen. Dies trägt dazu bei, dass über 40 % Hälfte aller Studierenden über diesen Bildungsweg zur Hochschulreife kommt.

Nach wie vor ist die Lehrerversorgung an unseren beruflichen Schulen unbefriedigend. Bei unseren beruflichen Schulen erwarten wir deshalb von der grün-roten Landesregierung, dass sie einen höheren Stellenwert erhalten als sie bisher in den Konzepten zur Bildung erkennbar sind. Wir müssen wissen, wie

- sich die neue Gemeinschaftsschulen und die Abkopplung der Werkrealschulen auf die beruflichen Schulen auswirkt,

- wie bei der Kürzung der Lehrerstellen um 12.000 bis zum Jahre 2020 die Berufsschulen betroffen sind und
- wie der immer noch bestehende Lehrermangel an den beruflichen Schulen abgebaut werden kann.

Dies haben wir - wie sie sicherlich erinnern können - bereits bei der alten schwarz-gelben Landesregierung - heftig kritisiert.

Bei unseren Gesprächen mit den Schulleitern die Lehrerversorgung wurde bemängelt, dass die Belange der Schulen bei der Planung des Landes kaum berücksichtigt werden. Dies ist insbesondere bei den Berufsfachschulen der Fall, die an die Stelle der Werkrealschule treten, die langsam aber sicher ausgezehrt werden. Die Berufsfachschule mit der die mittlere Reife erreicht werden kann, ist bereits eine Gemeinschaftsschule. Sie wird von Schülerinnen und Schülern mit sehr unterschiedlichen Vorkenntnissen und sehr unterschiedlichen Begabungen besucht wird. Die Klassenstärke beträgt in der Regel 30. Eine individuelle Förderung ist dadurch äußerst schwierig und nahezu unmöglich.

Die CDU - Fraktion gewinnt den Eindruck, dass vor lauter Reform euphorie für die Gemeinschaftsschulen die Berufsschulen sträflich vernachlässigt werden.

Pressemitteilung des Landratsamtes des Rhein-Neckar-Kreises

Spenden, Straßen und Betriebsplan Wald auf der Tagesordnung

Verwaltungs- und Finanzausschuss des Rhein-Neckar-Kreises tagt am kommenden Dienstag, 27. November 2012

Der Bericht über die Spenden 2012, die Umstufungen der Kreisstraßen (K) 4171 und K 4172 und der jährliche Betriebsplan 2013 für den Wald des Rhein-Neckar-Kreis stehen auf der Tagesordnung der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses des Rhein-Neckar-Kreises am kommenden Dienstag, 27. November 2012. In der öffentlichen Sitzung, die um 14 Uhr im großen Sitzungssaal im Heidelberger Landratsamt, Kürfürsten-Anlage 38 bis 40 beginnt und zu der Landrat Stefan Dallinger die Bevölkerung herzlich einlädt, bestellen die Kreisrätinnen und Kreisräte zudem die Mitglieder des Rhein-Neckar-Kreises in den **Gremien der Kommunalen Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF)**.

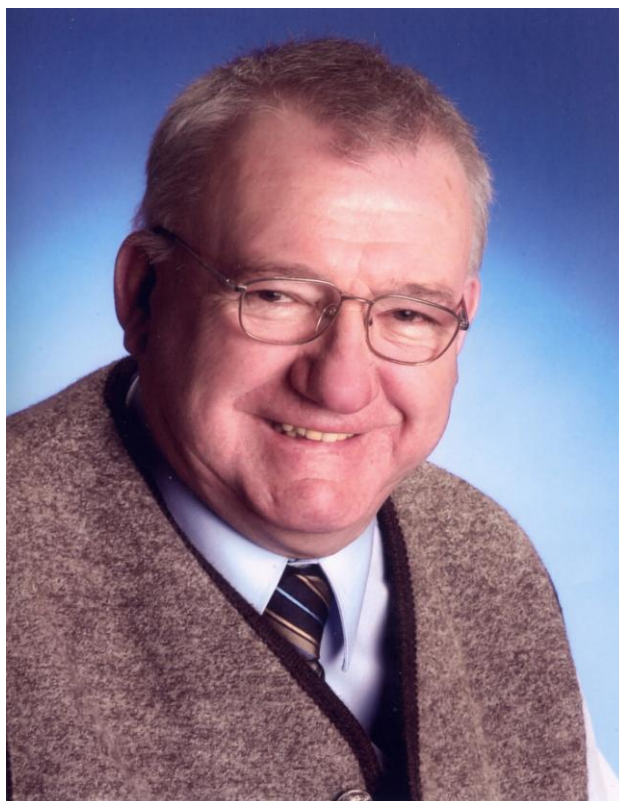
Da zum 31. Dezember 2012 die zweite Amtsperiode des Verwaltungsrats und des Organisationsbeirats des Zweckverbandes endet, sind neue Vertreter für diese Gremien zu bestellen. Der Rhein-Neckar-Kreis und der Neckar-Odenwald-Kreis benennen als Region Nord gemeinsam einen Vertreter und einen Stellvertreter für diese beiden Gremien. Die Kreisverwaltung schlägt für die nächste Amtszeit vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2017 Landrat Stefan Dallinger als Mitglied des Verwaltungsrates und den Leiter des Organisationsamtes im Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis, Gerald Lutz, als Mitglied des Organisationsbeirats vor. Die Stellvertreter werden vom Neckar-Odenwald-Kreis bestellt.

Nach der Landkreis- und Gemeindeordnung hat die Kreisverwaltung die erhaltenen Geld- und Sachspenden dem Verwaltungs- und Finanzausschuss vorzulegen und dieser die Annahme zu beschließen. An **Geldspenden** sind 2012 7.947 Euro in der Kreiskasse eingegangen, wobei der Hauptteil in Höhe von 5.000 Euro von der Dietmar Hopp Stiftung gGmbH für den Aktionstag „Demenz“ resultiert. Der Wert der Sachspenden beläuft sich auf 1.430 Euro. Dabei handelt es sich um Spenden für die Spieleausstellung des Rhein-Neckar-Kreises im Rahmen der Jugendarbeit.

Landrat Stefan Dallinger schlägt den Kreisrätinnen und Kreisräten vor, der **Abstufung einer Teilstrecke der K 4171** in einer Länge von 245 Meter und einer Teilstrecke der K 4172 in einer Länge von 442 Metern in Mühlhausen zum 1. Januar 2013 zu einer Gemeindestraße zuzustimmen und sie in die Straßenbaulaut der Gemeinde Mühlhausen zu übernehmen.

Der Rhein-Neckar-Kreis ist Eigentümer **von 62,1 Hektar Kreiswald**. Dieser wird nach Betriebsplänen bewirtschaftet, um die Nachhaltigkeit zu sichern. Das Forstamt des Rhein-Neckar-Kreises stellt hierfür einen jährlichen **Betriebsplan** auf, der auch einen Voranschlag für die Einnahmen und Ausgaben umfasst, die in den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Bau und Vermögen aufgenommen werden. Im Januar 2013 ist geplant, im Kreiswald 480 Festmeter Holz einzuschlagen, um auf einer Fläche von 6 Hektar Jungbestandspflege durchzuführen. Hierfür sind Ausgaben von 16.500 Euro veranschlagt. Der Holzerlös wird voraussichtlich 23.400 Euro erzielen, so dass ein Überschuss von rund 6.900 Euro zu erwarten ist. Landrat Stefan Dallinger bittet die Mitglieder des Ausschusses der Nutzungs- und Kulturplanung für den Kreiswald zuzustimmen und den Voranschlag zu den Einnahmen und Ausgaben für die Aufnahme in den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Bau und Vermögen zu beschließen.

Kreisrat Kurt Wagner wird 75 Jahre alt



Der Senior in der Kreistagsfraktion Kurt Wagner wird am Sonntag, 25.11., 75 Jahre alt. Er vertritt vehement die Anliegen seiner Fraktion, hat eine feste Meinung und ist Vorsitzender der Seniorenunion Rhein-Neckar. Die CDU - Kreisrätinnen und -Kreisräte beglückwünschen ihn zu seinem Geburtstag und wünschen ihm und seiner Familie alles erdenkliche Gute.

Forschung aktuell

Newsletter | Ausgabe 240 | 33. Jahrgang | 20. November 2012

Seite 1

DAS VERTRAUEN IN POLITIKER ERREICHT NEUEN TIEFPUNKT

KEINE VERLÄSSLICHKEIT + KEINE VERANTWORTUNG = KEIN VERTRAUEN

Die Diskussionen um immer neue Rettungsschirme und Bankenrettungen, um Betreuungsgeld und Steuergeschenke, um nicht fertige Flughäfen und fehlerhafte Doktorarbeiten sowie um Personaldiskussionen oder Koalitionsaussagen, haben Spuren bei den Deutschen hinterlassen. Nur jeder zehnte Deutsche (10,4%) glaubt daran, dass Bundespolitiker zukünftige Herausforderungen lösen können. Zu diesem Ergebnis kommt die neuste Untersuchung der BAT-Stiftung für Zukunftsfragen, für die repräsentativ 2.000 Bundesbürger ab 14 Jahren befragt wurden.

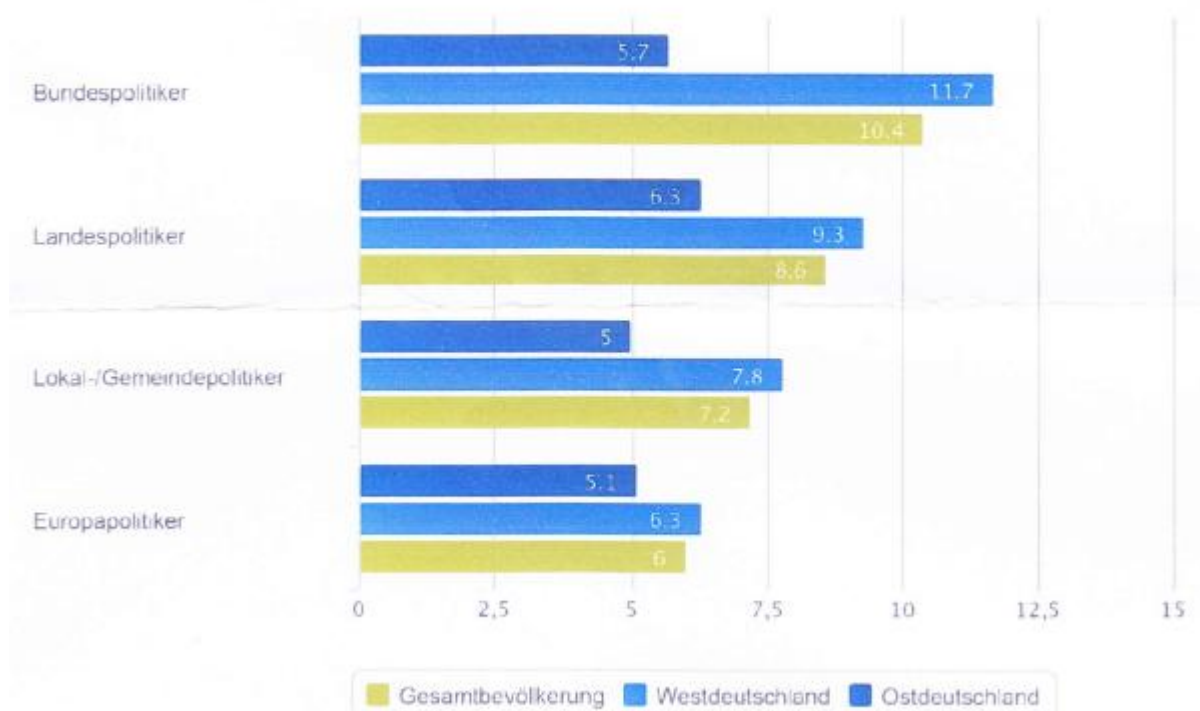
Die Bundespolitiker in Berlin schneiden dabei noch etwas besser ab als die Landespolitiker (8,6%), die Lokal- und Gemeindepolitiker (7,2%) oder die Europapolitiker in Brüssel (6,0%). Innerhalb der Bevölkerung haben insbesondere die Ostdeutschen und gering verdienenden Bevölkerungsgruppen das Vertrauen in ihre Repräsentanten verloren – sie trauen den Politikern aller politischen Ebenen (noch) deutlich seltener.

Die Gründe für dieses geringe Vertrauen sind vielschichtig. So stellen zunehmend mehr Bürger die Glaubwürdigkeit der Politiker generell in Frage und sind der Meinung, dass diese ein Leben fernab der Alltagsrealität führen. Zudem haben viele Wähler die Befürchtung durch Wahlversprechen betrogen zu werden, sie bemängeln das Denken in Legislaturperioden oder auch die opportunistische Klientelpolitik. Darüber hinaus erscheinen vielen Bürgern die rhetorischen Ausführungen der Politiker immer häufiger nur inszeniert, wahllos und nicht inhaltsbezogen. „Die Bürger haben das Gefühl, dass es den meisten Politikern mehr um das Anschwärzen und Schlechtmachen der politischen Gegner geht, anstatt um konstruktive Arbeit. In der Konsequenz steht bei Wahlen weniger der Inhalt im Zentrum, sondern viel mehr die Abwahl von Personen bzw. die Wahl des ‚kleineren Übels‘. Zusätzlich verstärkt wird diese Entwicklung durch die abnehmende Differenzierung zwischen den Parteien – die wenigsten können noch wesentliche Unterschiede benennen“, so Professor Dr. Ulrich Reinhardt, der Wissenschaftliche Leiter der Stiftung.

Ausblick: Politikverdrossenheit war das Wort des Jahres 1992. Zwanzig Jahre später droht aus der Verdrossenheit Gleichgültigkeit zu werden. Um das verlorene Interesse zurückzugewinnen, muss das Vertrauen wiederhergestellt werden. Dieses lässt sich sicherlich nicht kurzfristig erreichen, sondern kann nur langsam wieder wachsen. Als eine Voraussetzung hierfür müssten Politiker wie auch Parteien mehr Eigenprofil und Perspektive bieten, mehr Verlässlichkeit und mehr Standfestigkeit beweisen sowie für einen verbesserten Vermittlungsprozess zur Verfügung stehen. Ob ihnen dies gelingt, wird das kommende (Wahl-)Jahr zeigen.

**VERTRAUEN IN POLITIKER AUF NEUEM TIEFPUNKT
KEINE VERLÄSSLICHKEIT + KEINE VERANTWORTUNG = KEIN VERTRAUEN**

Von je 100 Befragten vertrauen in Bezug auf die Lösung von Zukunftsfragen:



Repräsentativumfrage von 2.000 Personen ab 14 Jahren in Deutschland 2012

Gegen diesen Trend müssen alle Parteien und Wählervereinigungen ihre Haltung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern überprüfen. Politik darf nicht im luftleeren Raum agieren, sondern muss mehr Verlässlichkeit und Standfestigkeit beweisen und begreiflich machen, dass Politik für die Menschen gemacht wird und nicht Selbstzweck ist.

Bruno Sauerzapf